

Liebe Leserinnen und Leser,

im Saarland haben sich die politischen Verhältnisse verändert. Jetzt besteht für eine neue Regierungskonstellation die Chance, den Umbau der Energiewirtschaft als wesentlichen Bestandteil eines ökologisch-sozialen Strukturwandels einzuleiten.



Zukunftsfähige Arbeitsplätze, neue Forschungs- und Ausbildungsschwerpunkte, dauerhaft bezahlbare Energie, Klima- und Umweltschutz lassen sich durch die Entwicklung, die Herstellung und die Anwendung von Erneuerbaren Energien und energieeffizienten Technologien schaffen. Wir wollen, dass das Energieland Saarland endlich die rote Laterne bei den Erneuerbaren Energien und dem Klimaschutz abgibt. Hierfür müssen entsprechend weitreichende Ziele gesteckt und politische Rahmenbedingungen geschaffen werden. Diese sollen die Bundesvorgaben, wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz oder das Marktanzreizprogramm zumindest flankieren anstatt sie weiter zu konterkarieren.

Um unseren Anteil an nationalen und internationalen Klimaschutzziele zu leisten, europäische Emissionshandelsvorgaben langfristig einhalten zu können und den Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht zu blockieren, wird es erforderlich sein, Kohlegroßkraftwerke durch kleine dezentrale Einheiten zu ersetzen und das besiegelte Ende des Bergbaus zu akzeptieren. Einen entsprechenden Plan, wie dies mit Hilfe von Erneuerbaren und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen zu lösen ist, haben wir im vergangenen Jahr zusammen mit den Umweltverbänden vorgestellt.

Die neue Landesregierung ist zudem aufgefordert, auf Bundesebene den schwarz-gelben Gedankenspielen einer Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken eine klare Absage zu erteilen und die beschleunigte Abschaltung alter, unsicherer AKW's mit einzufordern. Auch die Unterstützung einer offenen Endlagersuche für radioaktive Abfälle, die wir durch den überwiegend fossil-atomaren Strommix im Saarland leider immer noch miterzeugen, muss Anliegen der neuen

Landesregierung sein. - Gerade auch, um glaubwürdig gegenüber unseren Nachbarn und ihren Nuklearprojekten an der saarländisch-lothringischen Grenze aufzutreten.

Das Saarland hat immer noch alle Chancen, Modellregion für alternative Energie- und Mobilitätstechnologien mit neuen, innovativen Arbeitsplätzen zu werden. Hierzu sollten zeitnah alle Akteure im Saarland - von der klassischen bis zur Erneuerbaren Energiewirtschaft, von Zulieferern bis zu Betreibern, von der Forschung bis zur Lehre, von den Umwelt- bis zu den Handwerksverbänden – eingeladen werden, um vorhandene und neue Konzepte zu diskutieren und schnell umzusetzen. In diesem Sinne wird die Energiewende in den kommenden Wochen wirken. Christian Bersin geht in diesem Zusammenhang in einem Kommentar auf die möglichen Farbenspiele in der nächsten Regierung ein.

Da auch die Bundestagswahl bevor steht und diese energiepolitisch eine wichtige Weichenstellung für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und den Ausstieg aus der Atom- und Kohlewirtschaft darstellt, enthält diese Ausgabe eine Übersicht über die Wahlaussagen der Parteien zur Energiepolitik. Außerdem berichtet Thomas Nägler darüber, dass im Merziger Ortsteil Merchingen nach jahrelangen Bemühungen endlich die Genehmigung zum Bau von drei Windkraftanlagen erteilt wurde, die noch in diesem Jahr errichtet werden. Ein weiterer Artikel berichtet über die erste Klimaschutzkonferenz Saar, die zwar nicht so viele Besucher wie gewünscht angelockt, dafür aber ein erfolgreiches Medien-echo und viele gute Ideen für ein Energiewendeland generiert hat. Last but not least sollte es nicht unerwähnt bleiben, dass die diesjährige Mitgliederversammlung einen neuen (alten) Vorstand gewählt hat und das inhaltliche Thema Elektromobilität viele Interessierte anzog.

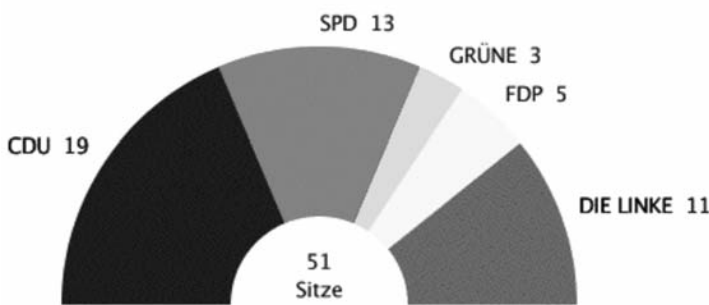
Viel Spaß bei der Lektüre wünscht

Simone Peter

Die Landtagswahl am 30.8. hat erdrutschartige Veränderungen der politischen Landschaft im Saarland gebracht. Dabei stehen gewaltigen CDU Verlusten von minus 13 Prozent Gewinne vor allem bei der Linken (plus 19 %) gegenüber.

Auch wenn die Energiepolitik nicht im Zentrum der Auseinandersetzung gestanden hat, so ist sie ein zentrales Politikfeld, in dem die Bereiche Wirtschaft, Umwelt, Verkehr, Finanzen, Gesundheit und Soziales zusammenlaufen. Kurz vor dem Wahltag erinnerte sich die Regierung wohl an ihre Versäumnisse. Denn nachdem die CDU Landesregierung unter Federführung von Umweltminister Mörsdorf jahrelang eine katastrophal schlechte Energiepolitik an den Tag gelegt hatte (siehe z.B. Diskussion um das geplante Kraftwerk in Ens Dorf oder das Ergebnis des Bundesländerrankings zu

Sitzverteilung



Erneuerbaren Energien - letzter Platz für das Saarland), wurde kurz vor Schluss wohl aus taktischen Überlegungen eine abrupte Kehrtwende vollzogen. Völlig überraschend wurde so ein Zuschuss für Fotovoltaikanlagen und eine Abwrackprämie für Heizkessel (siehe eigener Bericht) eingeführt. Damit wollte Mörsdorf offensichtlich ein grünes Feigenblatt für die Bilanz von fast 10 verlorenen Jahren schaffen. Verfangen hat dieses so offensichtlich wahltaktisch motivierte Manöver bei den WählerInnen nicht mehr.

Drei mögliche Konstellationen sind zukünftig denkbar: Rot-Rot-Grün, Jamaica (CDU/FDP/ Grüne) und die „große“ Koalition aus CDU und SPD. Letztere ist wohl nur als Notlösung wahrscheinlich, wenn die beiden übrigen Optionen nicht tragen sollten und würde energiepolitischen Stillstand oder gar Rückschritt bedeuten. Man erinnere sich nur an die Diskussion um das Klimakillerkraftwerk Ens Dorf bei dem CDU, SPD und FDP sich in Lobeshymnen erstmal überboten haben.

Jamaica ist unwahrscheinlich, hätte lediglich in der Bergbaupolitik einen gemeinsamen Nenner. Und ein Ministerpräsident Müller, der 10 Jahre lang kein Interesse für Klimaschutz und Erneuerbare Energien an den Tag legte und sich in der Atompolitik gerne für Laufzeitverlängerungen ausgesprochen hat, wird sich nicht plötzlich zum Zugpferd für eine Politik im Sinne der Energiewende verwandeln können und wollen.

Verbleibt also Rot-Rot-Grün als Option. Hier gibt es jenseits der Bergbaupolitik eine ziemlich große Schnittmenge für notwendige Veränderungen. Erneuerbare Energien, Atomausstieg, Kraft-Wärme-Kopplung und Energieeffizienz werden von allen dreien glaubhaft vertreten. Differenzen gibt es bei Kohlegroßkraftwerken, die vor allem von der SPD vertreten werden und beim Bergbau, dessen Fortsetzung über 2012 hinaus ein Kernpunkt der Linken ist. In diesen Punkten sollten die Grünen ihre Verhandlungsposition als Zünglein an der Waage nutzen, um den beiden größeren Partnern solche rückwärtsgewandten Flausen auszutreiben. Gelingt den Grünen dies, könnte Rot-Rot-Grün dem Saarland die Chance für eine fortschrittliche und nachhaltige Energiepolitik bieten.

Die Energiewende Saarland e.V. wird die anstehende Regierungsbildung in diesem Sinne kritisch begleiten.



IB EzET
Ingenieurbüro

Energie sparen lohnt sich und ist gut für die Umwelt ...

Energieberatung
Energiekonzepte
Ausstellung von Energieausweisen
Erstellen von Förderanträgen
(KfW, Bafa)

Kontakt:
Peter Wünsch (Dipl.-Ing.)

Tel. (06897) 7789312
www.ib-ezet.de

Saarländische „Abwrackprämie“ für Heizkessel ist klimapolitisch fragwürdig und ineffizient

Das Saarland fördert seit dem 1. Juli im Rahmen des „Zukunftsenergieprogramms“ den Austausch alter Öl- und Gaskessel durch neue Öl- und Gaskessel mit Brennwerttechnologie mit 1000 Euro pro Heizung. Diese „Heizkessel-Abwrackprämie“ führt jedoch nur zu geringen CO₂-Einspareffekten, was einer mangelnden Effizienz des Fördermitteleinsatzes gleichkommt.

„Aktuelle Berechnungen des Deutschen Pelletinstituts belegen, dass durch die Förderung Erneuerbarer Energien sieben Mal mehr klimaschädigendes CO₂ vermieden werden könnte als durch den derzeit geförderten Austausch alter fossiler Heizungen durch neue fossile Brennwerttechnik im Rahmen der saarländischen „Heizkessel-Abwrackprämie“, erklärt Simone Peter, Vorstandssprecherin der Energiewende Saarland e.V. „Die Saarländerinnen und Saarländer müssen am Ende doppelt bezahlen: die Kosten für die Abwrackprämie und die Kosten für zunehmende Klimaschäden, verursacht durch den Einsatz der fossilen Energieträger Öl, Gas und Kohle. Diese werden nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung allein für das Saarland bis zum Jahr 2050 knapp 20 Milliarden Euro betragen.“

Das Deutsche Pelletinstitut hat berechnet: Würden zwei Mio. Euro aus dem Etat beispielsweise für Pelletskessel anstatt für Öl- oder Gas-Brennwertkessel eingesetzt werden, könnte eine deutlich höhere CO₂-Reduktion erreicht werden. Während sich die Kosten für eine Tonne eingespartes CO₂ beim Austausch von 2000 alten Öl- und Gaskesseln gegen 2000 neue Öl- und Gaskessel mit Brennwerttechnik auf rund 1.850 Euro belaufen, betragen diese lediglich rund 250 Euro je Tonne eingespartes CO₂, wenn stattdessen 2000 Pelletheizungen gefördert würden. Durch moderne Pelletsheizungen könnte bei gleichem Fördervolumen also sieben Mal so viel CO₂ vermieden werden.

Die Energiewende Saarland erhebt deshalb die Forderung nach einer sofortigen Umlenkung der Mittel in sinnvollere Maßnahmen. Diese sollten in Ergänzung und nicht im Widerspruch zur Bundesförderung, wie zum Beispiel dem Marktanreizprogramm zur Förderung von Maßnahmen zur Nutzung Erneuerbarer Energien im Wärmemarkt, stehen.

„Das Saarland bildete in jüngster Zeit mehrfach das Schlusslicht bei Rankings zum Klimaschutz und zum Einsatz Erneuerbarer Energien. Einmal mehr bestätigt sich nun, dass die Energie- und Klimapolitik der Landesregierung unter Peter Müller nicht trug. Darüber konnten auch solche Last-Minute-Programme zur Verbesserung des Umweltimages nicht hinwegtäuschen. Es wird höchste Zeit, ein Gesamtenergiekonzept für den massiven Ausbau Erneuerbarer Energien vorzulegen und das Saarland zur Modellregion für neue und energieeffiziente Energietechnologien zu machen“, fordert Peter.

Impressum

Hrsg: Energiewende Saarland e.V.
Postfach 10 04 10, 66004 Saarbrücken
email: ew-saar@web.de

Bankverbindung:
Bank 1 Saar eG, BLZ 591 900 00,
Kto.Nr. 658 990 00
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder.

Kontaktadressen:
Fotovoltaik: Christian Bersin, Tel. 0681-473546,
ChrisBersin@web.de
Biomasse: Heiko Hoff, hhoff@gmx.de
Windkraft, Beteiligungsmodelle:
Thomas Nägler Tel. 06861 - 8390130,
Thomas.naegler@oekostrom-saar.de
Energiepolitik: Simone Peter, Tel.0681-398712, si.pe@gmx.de
Energieeinsparung, Energieeffizienz, Erneuerbare Energien:
Peter Wunsch, Tel. 06897-7789317, peter.wuensch@gmx.de

Zehn Jahre sind eine lange Zeit, erst recht, wenn es um das Erreichen eines gesteckten Zieles geht. Bis 1999 zurück reichen die ersten Ideen zur Windkraftnutzung auf den Höhen des Merziger Ortsteils Merchingen. Jetzt ist der Startschuss gefallen.

Merzig. Viele hatten es kaum noch für möglich gehalten. Doch kürzlich wurde die Genehmigung zum Bau von drei Windkraftanlagen im Merziger Ortsteil Merchingen vom Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz in Saarbrücken als zuständiger Behörde erteilt. Zwischenzeitlich schien es, als ob die genehmigungsrechtlichen Hürden insbesondere aus Naturschutzgründen unüberwindbar wären. Aber nach einem langjährigen und sehr anspruchsvollen Verfahren können nun drei Anlagen des Weltmarktführers Vestas von der Ökostrom Saar GmbH errichtet werden. Mit jeweils 2.000 kW Nennleistung, 90 Meter Rotordurchmesser und 105 Meter Nabenhöhe entsprechen sie der aktuell meist errichteten Baugröße.

Leicht überdurchschnittliche Windverhältnisse führen an diesem Standort zu (auch für den langjährigen Praktiker) erstaunlich hohen Erträgen, laut Prognose werden es in einem normalen Windjahr etwa 12,5 bis 13,5 Mio. Kilowattstunden sein.

Nach langem Warten: Errichtung fast mit Lichtgeschwindigkeit

Die Errichtung der Anlagen war seit längerem für 2009 geplant. Der Genehmigungsbescheid verzögerte sich jedoch immer weiter und so schien dieses Ziel in weite Ferne zu rücken - wäre da nicht die weltweite Wirtschaftskrise dazwischen gekommen, die in diesem Fall ausnahmsweise ihr Gutes hatte. Waren noch vor kurzem Lieferzeiten (je nach Hersteller) von ein bis über zwei Jahren an der Tagesordnung, können die Anlagen aufgrund intensiver Abstimmung mit Vestas in diesem Fall innerhalb von nur 3 Monaten nach Genehmigung in Betrieb gehen, sofern zusätzlich die Finanzierung gewährleistet ist.

Um diese Chance zu nutzen, mussten zur Finanzierung andere Wege als bisher beschritten werden. Ein lupenreines Bürgerbeteiligungsprojekt hätte für die Auflage eines geprüften Beteiligungsprospekts und die Eigenmitteleinwerbung einen Vorlauf von mindestens weiteren sechs Monaten bedeutet.

Daher ging Ökostrom Saar als regional tätiges Planungsbüro frühzeitig auf die Suche nach einem möglichst „naheliegenderem“ Partner, um das

Projekt schnell und zuverlässig finanzieren und umsetzen zu können. Nach kurzer Zeit wurde die VSE AG als Partner gefunden und ein entsprechendes Vertragspaket geschnürt.

VSE als Betreiber - Bürgerbeteiligungen in 2010 möglich

In dieser Konstellation wird die Inbetriebnahme des Windparks bis Jahresende möglich. Die VSE finanziert das gesamte Projekt zunächst vor. Der Gedanke der Bürgerbeteiligung soll nach Fertigstellung in Ruhe verfolgt werden. So ist von Seiten der VSE mit Unterstützung durch Ökostrom Saar beabsichtigt, im kommenden Jahr eine Möglichkeit für Bürgerbeteiligungen zu schaffen, sofern die Wirtschaftlichkeit des Projekts gegeben ist. Davon kann mit großer Wahrscheinlichkeit ausgegangen werden kann. Konkretes hierzu wird 2010 vorliegen, wir werden dazu rechtzeitig berichten.

Der Autor ist Geschäftsführer der Ökostrom Saar GmbH, Merzig

Bald werden 12,5 bis 13,5 Millionen Kilowattstunden Windstrom aus Merchingen ins Netz gespeist. An diesem praktischen Beispiel zeigt sich ganz deutlich:

- Die technische Entwicklung der letzten 20 Jahre hat Voraussetzungen dafür geschaffen, im Binnenland Erträge zu erwirtschaften, die vor nicht allzu langer Zeit nur in Küstennähe möglich waren (in Vollbenutzungsstunden ausgedrückt: 2.100 bis max. 2.500 Stunden pro Jahr). Im Vergleich dazu werden z.B. im Windpark Saar in Freisen mit den 1995 errichteten damals typischen 500 kW - Anlagen durchschnittlich 1.700 bis max. 2.000 Vollbenutzungsstunden entsprechend 850.000 bis 1.000.000 kWh/a erreicht, was für diese Anlagen ein durchaus gutes Ergebnis bedeutet.
- Das „Geheimnis“ dieser technischen Revolution ist leicht zu erklären: neben Effizienzgewinnen z.B. durch bessere Rotorblattformen und moderne Steuerungs- und Regelungstechniken sind es vor allem größere Nabenhöhen und

Rotordurchmesser, die zum Erfolg beitragen. In größeren Höhen weht der Wind einfach stärker und dauerhafter. Bekanntlich wirkt sich eine größere Windgeschwindigkeit in der dritten Potenz auf mögliche Erträge aus (doppelte Windgeschwindigkeit führt zu achtfach höherem Ertrag). Hier liegt also der Schlüssel zum Erfolg.

- Das Potenzial der Windkraftnutzung im Binnenland kann also bei konsequenter Nutzung geeigneter und genehmigungsfähiger Flächen gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.
- Schließlich kann Windstrom im Binnenland im Vergleich zu anderen erneuerbaren Energien und insbesondere zu Windkraftanlagen auf

dem offenen Meer (Offshore) am kostengünstigsten geerntet werden. Während z.B. die Anfangsvergütung für Offshore - Anlagen 2009 15 ct/kWh beträgt, werden für Windkraftanlagen an Land nur 9,2 ct/kWh und damit rd. 40% weniger vergütet.

Vor diesem Hintergrund sind auch die neuen Anlagen auf der Merchinger Höhe ein Baustein auf dem Weg zu einem realistischen Windstromanteil von bundesweit 10 bis 20 % unserer zukünftigen Stromversorgung.

Im Konsens mit allen Beteiligten sollte dies gelingen, auch wenn bis dahin noch viel Wind übers Land wehen wird. Der Einsatz lohnt sich.

Vergleich zwischen Windparks in		Merchingen	Freisen	Faktor
Errichtung		2009	1995	
Anzahl WKA	-	3	9	-2/3
Einzelleistung	kW	2.000	225 - 600	
Nabenhöhe	m	105	rd. 50	
Gesamtrotorfläche	m ²	19.085	10.958	+ 74 %
Gesamtleistung	kW	6.000	4.325	+ 39 %
Ertrag	kW	13.000.000	7.340.000	+ 77 %
Strom für ... Haushalte	kWh/a	4.300	2.450	
Haushalte pro WKA	-	1.444	272	
Rechnerische Rotorfläche zur Versorgung eines Haushalts	m ² /Haushalt	4,4	4,5	
Vollbenutzungsstunden	h/a	2.167	1.697	+ 28 %

Mitgliederversammlung der EW platzte aus allen Nähten

von Christian Bersin

Elektromobilität als Schwerpunktthema

Proppenvoll war die diesjährige Mitgliederversammlung der Energiewende am 9.Juni im Versammlungsraum des Hauses der Umwelt. Das inhaltliche Schwerpunktthema der Veranstaltung „Elektromobilität –Mythen, Potenziale, Umweltauswirkungen“ hatte dabei auch viele Nichtmitglieder angezogen. Zwei fachkundige Referenten führten in das Thema ein. Horst Juri, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für

Zukunftsenergiesysteme (IZES) stellte mit seinem Beitrag „Elektromobilität- Mythos und Potenziale“ eher grundlegende Fakten zum Thema dar. Dazu zählten der Entwicklungsstand von Hybrid- und Elektrofahrzeugen, Speichertechnologien und Infrastruktur, die zu erwartenden Auswirkungen auf den Kraftwerkspark und einiges mehr. Zahlreiche Fragen und Anmerkungen aus dem Publikum zeigten dabei, dass auch in den Zuschauerreihen sehr viel Sachverstand in Sachen Elektromobilität

anwesend war. Der zweite Referent, Professor Dr. Eckart Helmers vom Umweltcampus Birkenfeld stellte anschließend seine Untersuchungen über Nachhaltigkeit und Technikfolgenabschätzung der Elektromobilität vor. Hier kamen viele bislang wenig publizierte Fakten z.B. über die Klimaschädlichkeit von Staubpartikeln aus Dieselabgasen ans Licht, die unter den Zuhörern einige Aha-Erlebnisse auslösten. Fazit von Professor Helmers war, dass Elektromobilität schon mit dem gegenwärtigen eher klimaschädlichen deutschen Strommix deutliche Verbesserungen für den Klimaschutz – neben den positiven Auswirkungen auf andere Umweltziele wie Luftreinhaltung und Lärmschutz – bringt. Und dieser positive Effekt beruht nicht nur auf der Kohlendioxideinsparung sondern vielmehr auf der Verdrängung von Dieselmotoren und deren zigfach schädlicherem Rußpartikelaustritt (trotz Filter!). Die folgende lebhafte Diskussion zeigte, dass es sich für die EW lohnt an dem Thema Elektromobilität dran zu bleiben.

Rechenschaftsbericht und Vorstandsneuwahl

Im zweiten Teil der Veranstaltung wurden dann die typischen Vereinsinterna behandelt. So gab der Vorstand aus Christian Bersin, Simone Peter und

Peter Wunsch einen Bericht über die Aktivitäten des Vereins. Der Kampf gegen das geplante Großkraftwerk in Ensdorf, das Eintreten für Photovoltaikfreiflächenanlagen (siehe Bliessransbach), das viermalige Herausbringen des Umweltmagazins jedes Jahr, die Teilnahme an Veranstaltungen mit Vorträgen, der Umzug des Büros, die Beteiligung an der Studie „Saarland 100 % erneuerbar“ und die Federführung bei der Organisation der Klimaschutzkonferenz Saar waren die wichtigsten Punkte. Kassiererin Vera Kubitschek-Nägler berichtete anschließend über die angespannte Finanzsituation des Vereins, die durch jährliche Defizite geprägt sei. Mögliche Einsparungen wurden anschließend erörtert und ein Arbeitsauftrag an den Vorstand erteilt, Kosten beim Umweltmagazin Saar zu senken. Nach positivem Votum der Kassenprüfer wurde der Vorstand anschließend entlastet.

Bei der anschließenden Neuwahl wurden Simone Peter, Peter Wunsch und Christian Bersin als Sprechertrio und Vera Kubitschek-Nägler als Kassierin wiedergewählt. In den erweiterten Vorstand wurden Thomas Nägler und Werner Ehl bestätigt. Neue Kassenprüfer sind Karl-Franz Mandernach und Peter Rummel.

Bundestagswahl 2009 - Systementscheidung in der Energiepolitik

Die Bundestagswahl 2009 wird über den künftigen Kurs in der Energiepolitik in Deutschland entscheiden. Nach Ansicht der Erneuerbare-Energien-Branche stehen wir vor einer Systementscheidung: Setzen wir weiterhin auf endliche und immer teurer werdende Rohstoffen wie Kohle und Uran? Oder treiben wir den Ausbau der Erneuerbaren Energien entschieden voran, um so schnell wie möglich eine nachhaltige, klimafreundliche und unabhängige Energieversorgung für Deutschland zu erreichen? Entscheidende Voraussetzung für den zügigen Ausbau der Erneuerbaren Energien ist Investitionssicherheit durch verlässliche politische Rahmenbedingungen. Dazu gehört der gesetzlich vereinbarte Atomausstieg ebenso wie der Vorrang für den Strom aus Erneuerbaren-Kraftwerken, den das EEG festschreibt.

Wer für Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke eintritt und zusätzliche Kohlekraftwerke

bauen will, gefährdet die Investitionssicherheit und behindert den schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien im Stromsektor. Denn träge fossil-atomare Grundlastkraftwerke sind nur schwer regelbar und produzieren durchgängig Strom. Sie passen daher nicht in den Kraftwerkspark der Zukunft, der immer größere Anteile schwankender Erneuerbarer Energie umfasst und flexible Kraftwerkeinheiten benötigt, die das Angebot der Erneuerbaren nachfragegerecht ergänzen können.

Ein Blick in die Wahlprogramme der im Bundestag vertretenen Parteien zeigt, wo es nach der Wahl im September energiepolitisch lang gehen könnte:

Während die Sozialdemokraten und Bündnis 90/Die Grünen am beschlossenen Atomausstieg festhalten wollen und Die Linke sogar einen sofortigen Ausstieg fordert, halten CDU und FDP die Atomenergie für einen unverzichtbaren Bestandteil

im deutschen Strommix. Für „sichere“ Kernkraftwerke streben die beiden Parteien sogar eine Laufzeitverlängerung an.

Gleichzeitig fordern alle Parteien den Ausbau der Erneuerbaren Energien und unterstützen das Ziel der EU, bis 2020 den Anteil der Energie aus regenerativen Quellen auf 20 Prozent zu erhöhen. Darüber hinaus streben die Grünen bis 2040 die Vollversorgung Deutschlands mit Erneuerbarer Energie an. Im Stromsektor sollen 100 Prozent Erneuerbare bereits 2030 erreicht werden. Die SPD sieht beim Strom die 50-Prozent-Grenze für Erneuerbare Energie im Jahr 2050, die Linke im Jahr 2030 überschritten. Union und FDP äußern sich nicht zu konkreten Ausbauzielen nach 2020.

Für den Wärmebereich sehen alle Parteien die energetische Gebäudesanierung als wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und einer höheren Energieeffizienz. Die Erneuerbaren Energien werden allerdings nur von den Grünen und der Linken explizit als wichtiger Bestandteil im Wärmesektor benannt. Die beiden Parteien sehen hier den Anteil der regenerativen Energie im Jahr 2020 bei 30 bzw. 25 Prozent.

Im dritten Sektor der Erneuerbaren Energien – der Mobilität – stehen vor allem die Weiterentwicklung von Biokraftstoffen und der Elektromobilität im Vordergrund. Dabei sind sich alle Parteien einig, dass die Elektromobilität durch Forschungsförderung unterstützt werden muss. Dass Elektromobilität auch für die Speicherung von Strom aus Erneuerbaren Energien genutzt werden kann, betont besonders die FDP.

Quelle: Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. (BEE)
<http://bee-ev.de/Energiepolitik/Bundestagswahl-2009.php>

Die Kernforderungen des BEE, mit denen von 2009 bis 2013 eine hohe Ausbaudynamik Erneuerbarer Energien erreicht werden kann, sind zu finden unter
<http://bee-ev.de/Energiepolitik/Bundestagswahl-2009.php>.

Der Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V. (SFV) hat Wahlprüfsteine formuliert. Die Antworten der Parteien sind zu finden unter
http://www.sfv.de/artikel/antworten_der_cdu_auf_die_wahlpruefsteine_des_sfv_zur_bundestagswahl_2009.htm

Erste Klimaschutzkonferenz Saar in Saarbrücken veranstaltet

von Simone Peter

Die Umweltverbände BUND, NABU, IGU Bexbach und Energiewende Saarland luden am 29. Mai 2009 zur 1. Klimaschutzkonferenz Saar - Erneuerbare Energien als Chance für einen ökologischen und ökonomischen Strukturwandel - nach Saarbrücken ins VHS-Zentrum ein.

In zahlreichen Beiträgen stellten Energieexperten die Notwendigkeit des Umstiegs auf eine zukunftsfähige Energiegewinnung im Saarland dar und präsentierten Strategien für eine Energiewende. Den Abschluss bildete eine hochkarätige Politikerrunde, unter anderem mit Astrid Klug, Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Stefan Mörsdorf, Umweltminister des Saarlandes und Bärbel Höhn, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der grünen Bundestagsfraktion, die nach ihren Positionen zum Energiemix der Zukunft befragt wurden.

Die Stoßrichtung der Veranstaltung stand dabei außer Frage: das Energieland Saarland hat nur mit



Foto: BUND

Erneuerbaren Energieträgern und effizienten Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen die Chance, einen ökologischen und ökonomischen Strukturwandel einzuleiten. Weder Kohle noch Atom können eine

